

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 4, 2024

1. Niedersachsen

1.1. Göttingen: „Advanced Grant“ des Europäischen Forschungsrats für Irene Schneider

Die Göttinger Islamwissenschaftlerin Irene Schneider erhält einen „Advanced Grant“ des Europäischen Forschungsrats. Der Rat fördert ihr Projekt „(De)Colonizing Sharia? Tracing Transformation, Change and Continuity in Islamic Law in the Middle East and North Africa (MENA) in the 19th and 20th Centuries“ fünf Jahre lang mit 2,5 Millionen Euro. Das teilte die Georg-August-Universität Göttingen mit.

Das Projekt werde durch die Auswertung von Gesetzestexten, Debatten und Gerichtsurteilen „die koloniale Vergangenheit verschiedener muslimischer Länder untersuchen und dabei die ‚agency‘ der einheimischen Eliten jenseits aller kolonialen Gewaltausübung in den Blick nehmen“, so Schneider. „Methodisch werden wir die bisher in europäischer Terminologie und Theorie begründete Forschung zusammen mit Forschenden aus der MENA-Region kritisch hinterfragen. Ein besseres Verständnis der Rechtsentwicklungen der kolonialen Epoche wird auch zu einem besseren Verständnis heutiger Debatten in der muslimischen Welt führen“ ([mehr](#)).

1.2. Was sonst noch war

– Niedersächsischer Integrationsbeauftragter Deniz Kurku (SPD) übernimmt Schirmherrschaft der Wanderausstellung „Fluchtgeschichten“ (Haus der Religionen/Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover) ([mehr](#))

– Hannover: Rat der Religionen gründet eingetragenen Verein; neue Geschäftsführerin im Haus der Religionen ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Hamburg: Empörung über Demonstration der extremistischen Gruppe „Muslim interaktiv“

Eine Demonstration in Hamburg hat bundesweit für Empörung gesorgt. Auf Einladung der Gruppierung „Muslim interaktiv“ waren am 27. April mehr als 1.000 Demonstranten mit Slogans wie „Deutschland ist eine Wertediktatur“ und „Kalifat ist die Lösung“ durch St. Georg gezogen.

Nach Erkenntnissen des Hamburger Verfassungsschutzes steht „Muslim interaktiv“ der verbotenen Gruppe „Hizb ut-Tahrir“ nahe. Die 2020 gegründete Gruppe sei vor allem in den Sozialen Netzwerken aktiv. Sie konzentrierte sich auf aktuelle, gesellschaftlich relevante Themen und instrumentalisieren diese „zur Darstellung einer vermeintlich fortwährenden Ablehnungshaltung der Politik und Gesellschaft in Deutschland gegenüber der gesamten muslimischen Community“, schreibt der Verfassungsschutz. Insbesondere versuche die Gruppe, „die Muslime allgemein als Opfer von Diskriminierung und Verfolgung darzustellen. Hierfür machen sie die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland, die ‚Medien‘ oder pauschal den ‚Westen‘ verantwortlich.“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bezeichnete die Demonstration als „schwer erträglich“. Die „roten Linien“ müssten klar sein, sagte sie im Deutschlandfunk. Es dürfe keine Propaganda für die Hamas, keine Hassparolen gegen Jüdinnen und Juden und keine Gewaltaufrufe auf deutschen Straßen geben. Mehrere Fraktionen im Bundestag forderten energische staatliche Konsequenzen.

Die renommierte Islamismus-Expertin Claudia Dantschke kritisierte das Handeln des Bundesinnenministeriums. „Mir ist es ein absolutes Rätsel, warum ‚Muslim Interaktiv‘ nicht längst verboten ist“, sagte sie dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Denn die Gruppe hat längst alle Hüllen fallen lassen.“ Ohnehin sei „Muslim Interaktiv“ eine Nachfolgeorganisation von Hizb ut-Tahrir. „Und für Hizb ut-Tahrir gilt seit 2003 ein Betätigungsverbot. Ich weiß deshalb nicht, was da im Innenministerium immer noch geprüft wird“ ([mehr](#)). Zu einer weiteren Demonstration Anfang Mai kamen nach Medienberichten etwa 2.000 Personen ([mehr](#)).

2.2. Hamburg verbietet Gesichtsverhüllung in Schulen

An Hamburgs Schulen wird Gesichtsverhüllung im Klassenraum offiziell verboten. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfractionen von SPD und Grünen zur Änderung des Schulgesetzes wurde in der Bürgerschaft mit Stimmen der CDU- und AfD-Fractionen angenommen. Die Linke-Fraktion stimmte dagegen.

Durch die Gesetzesänderung werden Kopfbedeckungen, die das Gesicht vollständig verschleiern, untersagt. „Schule und Gesichtsverhüllung verträgt sich nicht“, sagte der Schulexperte der SPD-Fraktion, Nils Hansen. Das Gesicht des Gegenübers lesen zu können, sei für die Kommunikation wichtig. Er verwies darauf, dass das an Hamburgs Schulen bereits gelebte Praxis sei. Die Schulen bräuchten aber Rechtssicherheit ([mehr](#)).

2.3. Vereinte Nationen beschließen Internationalen Gedenktag für Völkermord von Srebrenica

Die UN-Generalversammlung hat den 11. Juli zum Internationalen Tag des Gedenkens an den Völkermord in Srebrenica 1995 erklärt. Zugleich forderte sie den UN-Generalsekretär auf, in Vorbereitung auf den 30. Jahrestag ein Programm zur Aufklärung über den Völkermord aufzustellen.

In der bosnischen Stadt Srebrenica hatten serbische Einheiten im Sommer 1995 mehr als 8.000 muslimische Männer und Jungen ermordet. Das Massaker gilt als eines der schlimmsten Kriegsverbrechen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Es wurde von internationalen Gerichten als Völkermord eingestuft.

Die Generalversammlung verurteilte jegliche Leugnung des Völkermords und forderte die UN-Mitgliedstaaten auf, die festgestellten Fakten zu bewahren. Der von Deutschland und Ruanda unterstützte Text wurde mit einer Stimmenmehrheit von 84 Nationen bei 19 Gegenstimmen und 68 Enthaltungen angenommen. Neben Serbien, China und Russland stimmte auch Ungarn gegen den Text.

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić bezeichnete den Text als „hochgradig politisiert“. Er warf Berlin vor, die Arbeit an der Resolution geheim gehalten zu haben. Der Beschluss reiße Wunden auf und werde für Chaos auf dem Balkan sorgen.

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, begrüßte die Resolution. Sie sei eine weitere Anerkennung der Opfer und Überlebenden und unterstütze ihr Streben nach Gerechtigkeit und Wahrheit ([mehr](#)).

2.4. Moskau: Weltkonzil des Russischen Volks spricht vom „Heiligen Krieg“ gegen die Ukraine

Das 1993 auf Veranlassung des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill gegründete „Weltkonzil des Russischen Volks“ (WKRK) hat eine Grundsatzerklärung zu „Gegenwart und Zukunft der Russischen Welt“ verabschiedet. Die Erklärung wurde der Legislative und Exekutive der Russischen Föderation zugeleitet.

In dem Grundsatzdokument wird erklärt, die „militärische Spezialoperation“ Russlands in der Ukraine sei „aus spiritueller und moralischer Sicht ein Heiliger Krieg, in dem Russland und sein Volk bei der Verteidigung des einheitlichen geistigen Raums der Heiligen Rus' die Mission des ‚Bewahrers‘ erfüllt und die Welt vor dem Ansturm des Globalismus und dem Sieg des Westens schützt, der dem Satanismus verfallen“ sei. Russlands militärisches Eingreifen in der Ukraine sei „eine neue Etappe des nationalen Befreiungskampfes des russischen Volkes gegen das verbrecherische Kiewer Regime und den dahinterstehenden kollektiven Westen.“

Nach dem Ende des Krieges müsse „das gesamte Territorium der modernen Ukraine in eine Zone des ausschließlichen Einflusses Russlands übergehen“, so die Erklärung weiter. Russland müsse „zu der seit mehr als drei Jahrhunderten bestehenden Doktrin der Dreieinigkeit des russischen Volkes zurückkehren, wonach das russische Volk aus Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen besteht, die Zweige (Unterethnien) eines Volkes sind“.

Ähnliche Positionen seien im Umfeld des Patriarchen schon seit einiger Zeit vertreten worden, schrieb der Berliner Kirchenhistoriker Reinhard Flogaus in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung. Nach der Wiederwahl Wladimir Putins zum russischen Präsidenten spreche nun auch Kyrill erstmals öffentlich von einem „Heiligen Krieg“. Der Patriarch und zahlreiche weitere Bischöfe der russisch-orthodoxen Kirche hätten damit „den Rubikon überschritten und sich die mit der Propagierung der ‚Einheit der Russischen Welt‘ verbundenen Ziele des Präsidenten zu eigen gemacht.“ Mit der „Qualifizierung des russischen Bombenterrors als spiritueller und moralischer ‚Heiliger Krieg‘“ habe sich die Moskauer Kirchenleitung „auch ökumenisch endgültig disqualifiziert.“

Die bis zum Mai 2022 dem Moskauer Patriarchat unterstehende, mittlerweile selbständige Ukrainische Orthodoxe Kirche erklärte zu der Grundsatzerklärung des WKRK, sie sei „unvereinbar mit der Lehre des Evangeliums“. Die Bezeichnung der sogenannten „militärischen Spezialoperation“ als „Heiliger Krieg“ widerspreche den Prinzipien der christlichen Moral ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

- Bundesinnenministerium: Studie zur Islamfeindlichkeit nach Gerichtsurteil depubliziert ([mehr](#))
- Krefeld: Stadt erlaubt öffentlichen Muezzin-Ruf ([mehr](#))
- Universität Münster eröffnet neue Forschungsstelle „Islam und Politik“ ([mehr](#))
- CDU beschließt neues Grundsatzprogramm; Passage zum Islam geringfügig geändert; Kritik islamischer Verbände hält an ([mehr](#))
- Internationaler Strafgerichtshof: Chefankläger Khan beantragt Haftbefehle gegen die Führer der Hamas und Israels Premierminister Netanyahu wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Krieg im Gazastreifen ([mehr](#)); empörte Reaktionen in Israel und bei der Hamas ([mehr](#))
- Vereinte Nationen: Norwegen, Irland und Spanien erkennen Palästina als Staat an ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

Studie: Viele angehende islamische Theologen teilen antiwestliche und antisemitische Meinungen

Nach einer Studie von Abdulkerim Şenel vom Zentrum für Islamische Theologie und Sarah Demmrich vom Exzellenzcluster Religion und Politik der Universität Münster teilen viele Studentinnen und Studenten der Islamischen Theologie und Religionspädagogik antiwestliche, antisemitische und fundamentale Einstellungen. Befragt wurden 252 Studenten an elf deutschen Hochschulen. Wichtige Ergebnisse:

- 60 Prozent stimmen dem Satz zu, der Westen sei für die schlechten Bedingungen in vielen islamischen Ländern verantwortlich; 56 Prozent, er tue alles dagegen, dass der Islam wieder zu einer Hochkultur werde.
- 47 Prozent sind der Auffassung, der Staat Israel habe kein Existenzrecht; 37 Prozent stimmen zu, dass Juden zu viel Macht und Einfluss in der Welt haben.
- 22 Prozent befürworteten eine Islamisierung der Politik, 25 Prozent eine Islamisierung des Rechts.
- 10 Prozent akzeptieren reaktive, 6 Prozent aktive Gewalt gegen Nicht-Gläubige, wenn es darum geht, den Islam zu verbreiten ([mehr](#)).

Die Deutsche Gesellschaft für Islamisch-Theologische Studien kritisierte die Studie. Es gebe „Zweifel hinsichtlich der Belastbarkeit ihrer Daten“. Mehr als die Hälfte der Befragten kämen aus Münster (52,4 Prozent). Standorte wie Frankfurt am Main (2,8), Berlin (1,6), Paderborn (0,4) und Hamburg (0,0) würde nicht oder fast nicht einbezogen. Die Aussagekraft der Studie sei daher sehr begrenzt.

„Große Bedenken“ bestünden auch im Blick auf die reduzierte „Weise, wie unser Fach in den Fragen abgebildet wird.“ Viele Fragen seien Schwarz-Weiß formuliert oder/und enthielten Fragen und Voraussetzungen, die ‚den Islam‘ und ‚den Westen‘ als „dichotome Gegensätze“ darstellten. Auch zu den antisemitischen Einstellungen unter Studierenden – die „ein bekanntes und ernst zu nehmendes Problem“ seien – brauche es solidere und repräsentativere Daten.

Im Übrigen sei die Studie unter forschungsethischen Gesichtspunkten zu kritisieren: Während die Studierenden „mit der Frage nach ihren Erfahrungen mit antimuslimischer Diskriminierung, ihrer Wahrnehmung von Religiosität und ihren Zukunftsperspektiven zur Befragung eingeladen wurden, zielt die Publikation auf die Untersuchung von Wertorientierungen und religiösen, fundamentalistischen, islamistischen und reformorientierten Tendenzen ab. Somit werden von Diskriminierungserfahrungen betroffene Studierende für andere Forschungszwecke instrumentalisiert“ ([mehr](#)).

4. Video

4.1. Torah – Was ist das?

Religionen im Gespräch, Basics (3)

Gast: Ulrike Offenberg, Jüdische Gemeinde Hameln

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4.2. Ist Alkohol im Islam verboten?

Religionen im Gespräch, Basics (4)

Gast: Hakki Arslan, Universität Münster

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

5. Veranstaltungen

Islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen

3.–5. Juni 2024, Evangelische Akademie Loccum

Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum; Institut für Islamische Theologie, Universität Osnabrück
 Leitung: Jordanka Telbizova-Sack, Annett Abdel-Rahman; Referent:innen: Jens Aden, Jakim Essen, Amin Rochdi, Tünay Aygün, Kay Warneke, Wolfgang Reinbold, Naciye Kamcili-Yildiz, Birgül Karaarslan, Meltem Kulacatan, Karim Fereidooni, Michael Kiefer, Osman Kösen, Silvia Horsch-Al Saad, Julia Lünswilken, Felix Dickopp, Said Topalovic, Pascal Mennen, Nasuh Bellikli ([mehr](#)).

6. Literatur: Neuerscheinungen

W. Reinbold, Koran und Bibel: Ein synoptisches Textbuch für die Praxis, 2., durchgesehene und ergänzte Auflage, Göttingen 2024.

Hannover, den 24.5.2024

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.